

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 zł, monatlich 4,80 zł. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 zł. Bei Postbezug vierteljährlich 16,16 zł, monatlich 5,39 zł. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 zł, Danzig 8 G., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Dienstags- und Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Nachzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 gr, die einseitige Reflamezeile 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Da. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfennig, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigerem Satz 50 % Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postfachkonten: Polen 202 157, Danzig 2523, Seltin 1847.

Nr. 177.

Bromberg, Freitag den 5. August 1932.

56. Jahrg.

Seipel.

Zum Tode des österreichischen Staatsmannes.

Aus Wien wird uns von besonderer Seite geschrieben: Dr. Ignaz Seipel ist gestorben. Er ist verhältnismäßig jung aus dem Leben geschieden, viel zu früh für Österreich. Mit Prälat Dr. Ignaz Seipel, den seine Bemühungen den österreichischen Reichsteilen nannten, tritt eine Figur von internationaler Bedeutung vom Schauplatz ab. Seipel war wohl die hervorragendste Persönlichkeit des Österreich der Nachkriegszeit, sein Name hatte europäischen Klang, er war im letzten Jahrzehnt der Mann, der in die politische Geschichte Mitteleuropas wiederholt entscheidend eingegriffen hat.

Viel bewundert, viel gehaßt, vielleicht am wenigsten geliebt war Dr. Seipel. Denn um diesen Mann zu lieben — es sei denn, daß man sein Werk vor seine Person stellte — dazu bot er keine Gelegenheit, einfach keine Möglichkeit. Ein Volksmann, etwa im Sinne Luegers, war Dr. Seipel nicht. Eine merkwürdige Kühle umschwebte Seipel, die Kühle einer Kirche möchte man sagen; niemand kam ihm persönlich wirklich nahe und jene, die vielleicht guten Grund hatten, zu glauben, daß sie seine Intimen seien, mußten in diesem oder jenem Momente verblüfft erkennen, wie weit sie doch von dem Manne entfernt waren, der in einer Art von Unpersönlichkeit, in kalter Geistigkeit zu seiner Umgebung stand. Dr. Seipel war nichts weniger als hochmütig, dazu war er zutiefst der Priester; aber er ließ doch niemanden näher herankommen, als es ihm vielleicht wegen des Gewandes des Priesters angemessen erschien. Seipel hatte nichts von der vielberedeten österreichischen Gemütslichkeit — obzwar doch ein Österreicher im schönsten Sinne des Wortes —, er war keiner jener fröhlichen geistlichen Herren, die man sich an den reichgedeckten Tischen populierend vorstellt. Persönlich einfach bis zur Bedürfnislosigkeit, der bescheidenen Überschuss seiner Einkünfte ganz den Armen widmend, lebte Seipel ein spartanisches Leben. Wenn ein Mann, der sich der Politik gewidmet, jemals reine Hände hatte, so war es Seipel, und es ist zu sagen, daß seine ungeschätzten Feinde niemals an seine Person herankommen. Ein makelloser Mann, gewidmet allein einem Ziele, das er als das erstrebenswerte hielt, hat Dr. Seipel gelebt und seine Feinde stehen ebenso wie das christliche Österreich respektvoll an seiner Bahre.

Die große Zeit Seipels war vorbei. Er ist in den letzten Jahren — ob gewollt oder ungewollt, mag dahingestellt bleiben — immer mehr in den Hintergrund getreten; wenn seine Gegner nicht jeden Anlaß dazu benutzten hätten, um immer wieder den Namen Seipel in die Arena zu tragen, so wäre es wohl in der letzten Zeit (natürlich abgesehen von den Monaten seiner schweren Erkrankung) schon sehr still um ihn gewesen. Als Dr. Seipel eines Tages zur allgemeinen Überraschung und ohne jeden ersichtlichen äußeren Anlaß, wohl in einer Art Überdruß an dem Getriebe, seine damals innegehabte Stellung als Bundeskanzler niederlegte und bald nachher auch die offizielle Führung der christlichsozialen Partei abgab, seit diesem Zeitpunkt war er von der politischen Bühne als führende Persönlichkeit so gut wie geschieden. Ein zuletzt noch unternommener Versuch, die Zügel neuerdings in die Hand zu nehmen, scheiterte. Er hatte diesen Versuch schon als schwerkranker Mann gemacht, gegen den Willen seines Arztes, der ihn in starker Erregung fragte, ob auch ein toter Kanzler regieren könne. Seipel war gegen sich selbst aber mehr als rücksichtslos, er trieb mit seinen nicht allzu starken Kräften, mit seinem Körper, an dem die Zuckerkrankheit zehrte, in dem die Kugel eines Attentäters immer lebensgefährlich steckte, Raubbau. Dieses Leben hätte sicher verlängert werden können, wenn Seipel seinen Ärzten gefolgt hätte, wenn er sich entschlossen hätte, eine längere Kur in einem Schweizer Sanatorium zu machen. Aber Seipel hielt es in der Fremde einfach nicht aus; nach wenigen Wochen, kaum daß sein Zustand sich scheinbar etwas gebessert hatte, trieb es ihn wieder nach Wien, zurück zur Politik, der er sein Leben geweiht hat und an der er doch auch gestorben ist.

Es ist nicht Aufgabe dieser Zeilen, das politische Werk Seipels zu würdigen. Seine Persönlichkeit und sein Werk waren immer viel umkämpft, und es wissen Freunde und Feinde für und gegen ihn Vieles, Wahres und Entstelltes, zu sagen. Die großen Verdienste, die sich Seipel um die Republik Österreich erworb, seine Bedeutung als Führer des christlichen Volkes in Österreich, die Würdigung des Gelehrten und Kirchenrechtslehrers erfolgt in diesen Tagen von vielen Seiten und in ausführlichster Form. Der Mensch Seipel war nicht das Uninteressanteste dabei. Der blasse Mann im Priesterrock mit den asketischen Zügen übte auf Freund und Feind einen Zauber besonderer Art aus; er war, wo er erschien, sofort im Vordergrund; man konnte ihn bewundern, man konnte ihn hassen, man konnte ihm aber niemals gleichgültig gegenüberstehen.

Als in Wien der Justizpalast brannte, als man in den Straßen Barrikaden errichtete und geschossen wurde, fuhr Dr. Seipel, damals Bundeskanzler, durch die Mariaböckerstraße, in der der Aufruhr tobte. Da schwingt sich ein Mann auf das Auto, und es scheint, daß Seipel einem zweiten Attentat zum Opfer fallen werde. Ein Geheimagent, der neben dem Chauffeur sitzt, wirft sich zurück, um den Mann

vom Trittbrett des fahrenden Wagens zu werfen. Und Seipel? Er ruft dem ihn bedrohenden Menschen zu: Geben Sie acht! Sie werden sich wehe tun! ...

Dieser Mann, dieser Mensch, dieser Priester ist gestorben. Österreich trauert um ihn. Die Gegner stehen respektvoll vor diesem Toten, der einer der größten Söhne Österreichs war.

Die Pabstmauer bleibt!

Warschau, 3. August. (Eigene Meldung.) Aus Regierungskreisen wird bekannt, daß die im Frühjahr d. J. eingeführten erhöhten Gebühren für Auslandspässe bestehen bleiben werden. Statistische Ermittlungen sollen nämlich ergeben haben, daß sich die Erhöhung der Pabstgebühren vorteilhaft für die Gestaltung der Zahlungsbilanz ausgewirkt habe. (Es gibt viele Dinge, die sich nicht statistisch erfassen und bewerten lassen! D. R.)

Vertrauenspakt Paris — U. S. A.?

Aus Paris wird gemeldet: Der „New York Herald“ glaubt in seiner heutigen Pariser Ausgabe mitteilen zu können, daß die französisch-amerikanischen Besprechungen, die in der letzten Woche in Paris stattfanden, wesentliche Fortschritte gemacht hätten, und daß die Möglichkeit bestehe, daß die Vereinigten Staaten und Frankreich ein ähnliches Abkommen treffen könnten, wie das französisch-englische Vertrauensabkommen. Ein solcher Pakt würde allerdings jede Bindung der Vereinigten Staaten betreffend rein europäische Probleme ausschließen, jedoch ein gemeinsames Vorgehen in folgenden Fragen vorsehen: 1. Abrüstung, 2. Beseitigung der Zollhindernisse bis zum Abschluß eines französisch-amerikanischen Handelsvertrages, 3. Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz.

Das Pariser amerikanische Blatt rechnet damit, daß u. a. die von den Amerikanern als stark schädlich empfundenen französischen Kontingentierungsmaßnahmen aufgehoben werden sollen und daß die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern durch einen Handelsvertrag auf vollkommen neue Grundlage gestellt werden dürften.

Denkmalsreden.

Bei der Enthüllung eines in Thiepval (Departement Somme) zur Erinnerung an die in den Sommeschlachten gefallenen englischen Soldaten errichteten Denkmals hielt der Prinz von Wales, der englische Thronfolger, eine Ansprache, in der er an die französisch-englische Waffenbrüderschaft während des Krieges erinnerte. Beide Staaten hätten ihr Blut zur Sicherung des Friedens hergegeben. Die Gefallenen aller Länder erschließen den Weg zu einer besseren Zivilisation und zur Entwicklung eines Freundschaftsgeistes unter den Nationen. Dafür müßten allerdings die während des Krieges geschaffenen Freundschaften, die es zu entfalten und zu festigen gelte, die Grundlage sein.

Auf diese Rede antwortete der Präsident der Französischen Republik, Lebrun. Er versuchte der Feier wieder den Sinn der alten französisch-englischen Entente zu geben. Das Beispiel der Toten müsse den Entschluß festigen, gestern wie heute vereint zu leben. Vor allem müßten sich die Länder auch im Frieden zusammenschließen, „die im Kriege so glücklich vereint waren“. Davon ausgehend, feierte der Präsident der Republik dann den französisch-englischen Vertrauenspakt vom 13. Juli d. J. Durch ihn könnten zwei große Nationen, die in gleicher Weise die Aufrechterhaltung des Friedens, unter Achtung vor den Verträgen (!) wünschten, gemeinsame Entschlüsse fassen, die den Interessen aller dienen würden. (Wenn Frankreich die Verträge so sehr achtet, müßte es endlich in die dort vorgeschriebene allgemeine Abrüstung einwilligen. D. R.)

Macdonald will Zugeständnisse machen.

London, 3. August. (Eigene Drahtmeldung.) Der politische Korrespondent des „Daily Herald“ meldet, daß Macdonald einen Plan erwäge, den Vereinigten Staaten Zugeständnisse in Zollfragen zu machen, falls Amerika zu einem Entgegenkommen in der Kriegsschuldenfrage bereit wäre. Die Reise des englischen Botschafters in Washington nach England, die zeitlich mit dem Besuch des amerikanischen Londoner Botschafters in Amerika zusammenfällt, wird in politischen Kreisen als ein Zeichen dafür angesehen, daß irgend welche Verhandlungen von großer politischer Bedeutung gepflogen werden.

Macdonald, der viel mehr an der Regelung der internationalen Schulden und Reparationen als an der Konferenz in Ottawa interessiert sei, sei entschlossen, das Lausanner Abkommen durchzuführen. Es sei daher möglich, daß sein gegenwärtiger Aufenthalt in London zu einer neuen großen Entwicklung führe. Baldwin, der Schatzkanzler Chamberlain und der Handelsminister Runciman

würden vielleicht nach Beendigung der Konferenz in Ottawa der Amerikanischen Regierung in Washington einen Besuch abstatten.

Oesterreich und Bulgarien treten dem Vertrauensabkommen bei.

Paris, 3. August. (Eigene Drahtmeldung.) Die Gesandten von Österreich und Bulgarien haben am Dienstag im französischen Außenministerium zum Ausdruck gebracht, daß ihre Länder dem französisch-englischen Vertrauensabkommen beitreten.

General Ma.

Ein Analphabet als Feldherr.

In einer dreitägigen Schlacht an den Ufern des Sungari-Flusses soll General Ma, der zu den größten Widerkämpfern Japans gehörte, nach japanischen Meldungen gefallen sein. Von chinesischer Seite wird diese Todesbotschaft bestritten.

Die Persönlichkeit des Chinesengenerals Ma war bisher in tiefstes Dunkel gehüllt. Niemand wußte von ihm und seinen Plänen etwas Genaueres. Bald hieß es: General Ma kämpft in der nördlichen Mandschurei gegen die Japaner, dann wieder, daß er sich an der Auslösung des selbständigen Mandschurischen Staates beteiligt habe, und daß er in japanischen Diensten stehe. Vor einigen Monaten kam schon einmal die Nachricht, daß Ma in Chargin ermordet worden sei, und jetzt die gleichfalls unverbürgte Meldung, daß General Ma im Kampfe mit japanischen Truppen gefallen sei. Wo liegt die Wahrheit bei den vielen sich widersprechenden Nachrichten über diese wohl bedeutendste Persönlichkeit des jungen China?

Das Leben des Generals Ma, mit seinem vollen Namen Ma Tsanjan, erinnert an das Leben der Feldherren der Renaissance. Seit seiner frühesten Jugend stand Ma mit chinesischen Generälen und chinesischen und mongolischen Räuberbanden im Kampf. General Ma wurde vor zweiundvierzig Jahren in der Provinz Human als Sohn eines armen Bauern geboren. Bis zu seinem 18. Lebensjahr half er seinem Vater bei der Bewirtschaftung des kleinen Gutes. Dann gründete er eine aus 50 Mitgliedern bestehende Räuberbande und zog mit dieser nach der Mandschurei. Aus diesen 50 Mann entstand später das große Heer, das General Mas Namen bekannt machte. Bis vor etwa einem Jahr war General Ma einer der zahlreichen chinesischen Feldherren, deren Hauptaufgabe darin bestand, sich gegenseitig zu bekämpfen und das ihnen ausgelieferte Volk möglichst auszubeuten.

Bis zu dem im vorigen Jahre erfolgten japanischen Einmarsch in die Mandschurei war General Ma Gouverneur der in der Nähe der russischen Grenze gelegenen Provinz Heilungkiang. Er war weder schlechter noch besser als die übrigen Gouverneure. Auch sein Heer war nicht erpflanzig und höchstens in Guerillakämpfen geübt.

Mit dem Ausbruch des China-Japan-Konfliktes wurde dies jedoch plötzlich anders. Als die Japaner in Mukden einzogen und das dortige Arsenal plünderten, verbot der Marschall Tschanghsuekiang, der damalige Beherrscher der Mandschurei, seinen Truppen den Kampf. Er hoffte auf das Eingreifen des Völkerbundes. Die Japaner kümmerten sich aber nicht um den Völkerbund, sondern kauften sich einige chinesische Generäle und besetzten fast ohne Widerstand den Südtteil der Mandschurei.

Die japanischen Truppen näherten sich Tjitikar, wo sich das chinesische Oberkommando befand. Alles schien verloren zu sein, als plötzlich ein junger, ganz unbekannter General, der Gouverneur von Heilungkiang, dem Marschall Tschanghsuekiang mitteilte, daß er entschlossen sei, trotz des ergangenen Verbotes den Japanern Widerstand zu leisten. Der Marschall wollte hiervon nichts wissen. Der General gehörte aber nicht, und nahm am Rounisuf Verteidigungsstellung ein. Hier erfolgte dann die erste große Schlacht zwischen den Chinesen und Japanern. General Ma wurde nach drei Tagen geschlagen. Die erste Schlacht hatte jedoch bewiesen, daß auch die Chinesen kämpfen können. Sie war das Signal zum Widerstand für die ganze Nordmandschurei. Zwei andere Generäle: Wangdelin und Liu beschloßen, ebenfalls Widerstand zu leisten. Aus Freiwilligen wurden neue Truppen gebildet, und der Guerillakrieg begann. Dieser brachte zwar den Chinesen nicht viel Erfolge; aber er zwang Japan, immer neue Divisionen nach der Mandschurei zu entsenden. Auch die Kriegskosten wuchsen, und Japan mußte an eine Kriegsanleihe denken. Der japanische Wunsch, die Mandschurei mit geringen Truppen und wenig Geld niederzuringen, erwies sich als ein Traum.

General Ma, der diesen ganzen Umschwung hervorgerufen hatte, erkannte aber deutlich, daß auf diese Weise der japanische Aufmarsch nicht aufzuhalten sei. Er schlug daher eine andere Taktik ein. Als Japan in der Mandschurei eine neue Republik gründete, begann er mit den japanischen Generälen zu verhandeln und trat in japanische Dienste über. Er wurde Kriegsminister des neuen Staates und schien mit den Japanern

ein Herz und eine Seele zu sein. Er wurde auch von den Japanern besoldet, und diese unternahm nichts, ohne seinen Rat einzuholen.

Eines Tages verschwand dann der General. Die Japaner und die Mandchurische Regierung gaben ein Communiqué aus, nach welchem der General plötzlich erkrankt sei. Diese Meldung war aber unwahr. General Ma ging ganz einfach nach Charbin und organisierte dort den Widerstand gegen die Japaner. In Charbin wurde auf ihn ein Anschlag verübt. Dieser mißlang, und nur einer seiner Unterführer wurde getötet. Nunmehr ging General Ma nach Sachalin und richtete einen offenen Brief an die chinesischen Generale und an das chinesische Volk in der Mandchurei. Er erklärte in diesem Briefe, daß er nur deshalb in die Dienste der neuen Mandchurischen Regierung getreten sei, damit er feststellen könne, wie weit die neue Regierung unter japanischem Einfluß stehe.

Dieser eigenartige Trick machte aus General Ma plötzlich einen Nationalhelden. Er wurde der Oberkommandierende aller Japan feindlichen Truppen, und in kurzer Zeit gelang es ihm, die ganze Nordmandchurei gegen die japanische Herrschaft zu mobilisieren.

Der neue chinesische National-Heros war ein Mann, der weder Lesen noch Schreiben konnte. Seine Macht war in seinem Wesen begründet. Seine Offiziere vergötterten ihn geradezu und gehorchten ihm blindlings. Seine Befehle waren immer richtig, obgleich oder gerade weil er sich immer von seinem Instinkt leiten ließ.

Zu Hause trug der General eine lange blaue Hose und ein schwarzes, seidenes Hemd. Sein Gesicht glich dem eines mongolischen Bauern. Seine Backenknochen waren hervorstehend, Gesicht und Kopfhaut braun glänzend. Nur seine feinen, gefalteten Finger verrieten edlere Art. Er brachte es zuwege, selbst stundenlang unbeweglich mit geschlossenen Augen auf einer Stelle zu sitzen und dabei seine Befehle mit haarstarker Betonung zu erteilen.

Wenn dieser Mann wirklich gefallen sein sollte, kann Japan mit Recht triumphieren. Wenn er lebt, leben nicht nur die Hoffnungen auf die China auf seinen gegenwärtig wohl größten Sohn sehr, sondern auch die Sowjets werden aufatmen, die seit langem mit dem General Ma in Verhandlungen stehen. R. B.

Die japanische Kriegsflotte vor der Mandchurei.

Tokio, 4. August. (P.M.) Die aus einigen japanischen Kreuzern zusammengesetzte Flotte ist in den mandchurischen Hafen New Tschuang eingelaufen und hat eine starke Abteilung von Marineschützen an Land gesetzt, die

Die Flaggen-Affäre.

Polen hält an seinem Protest fest.

Die offiziöse Polnische Telegraphen-Agentur meldet unter dem 3. August aus Warschau:

In Anbetracht der Meinungsverschiedenheit bei der Beurteilung des von dem deutschen Geschäftsträger in Warschau von Rintelen hervorgerufenen Zwischenfalls, die während der gestrigen Vorstellung des polnischen Gesandten in Berlin bei dem Minister v. Neurath in die Erscheinung trat, hat der polnische Gesandte in Berlin heute im auswärtigen Amt eine Note niedergelegt, in der festgelegt wird, daß die Polnische Regierung sich im gegenwärtigen Augenblick in eine Diskussion über den Geltungsbereich der diplomatischen Exterritorialität nicht einlasse, daß sie sich aber gegen die das Nationalgefühl beleidigende Art verhalten müsse, wie von Rintelen die polnische Flagge beseitigt habe. Die Polnische Regierung hält also an ihrem gestern eingelegten Protest fest.

Warschau, 3. August. (P.M.) Das Regierungskommissariat der Stadt Warschau hat die vorläufige Beschlagnahme der Ausgabe-Nummer 219 des „Wieczor Warszawski“ wegen eines Artikels angeordnet, der in diesem Blatte unter der Überschrift „Ist das dieser Rintelen?“ erschienen war.

Auch in Lodz wurden zwei Zeitungen beschlagnahmt, von denen sich die eine die Überschrift geleistet hatte: „Geschäftsträger oder Gassenjunge?“

Die Verletzung.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hatte gemeldet, daß der deutsche Geschäftsträger in Warschau, Gesandtschaftsrat v. Rintelen, aus Warschau abberufen werde, daß aber diese Abberufung auf Grund der schon früher getroffenen Dispositionen erfolgen soll. Nach dieser Meldung war von Rintelen schon vor einigen Wochen in das auswärtige Amt nach Berlin berufen und schon damals zu seinem Nachfolger der Legationsrat Schliep (von der Deutschen Botschaft in Moskau) ernannt worden. Die Polnische Telegraphen-Agentur, die diese Meldung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zitiert, versteht die Wendung „auf Grund der bereits früher getroffenen Dispositionen“ eigenartigerweise mit Anführungsstrichen und einem Ausrufungszeichen, und dies wird der polnischen Regierungspresse zu der erwünschten Vermutung Anlaß gegeben haben, der sie in großen Überschriften Ausdruck gibt, daß die Abberufung des deutschen Geschäftsführers im Zusammenhange mit dem Flaggenzwischenfall stehe.

„von Rintelen“, so schreibt der „Kurjer Poranny“, „muß Polen verlassen; denn die Verachtung (I), mit der man ihn umgibt, kann ihn sogar Unannehmlichkeiten in der Gesellschaft ansprechen. Jedenfalls wird Herr von Rintelen unter diesen Bedingungen seine Amtsgeschäfte in Warschau nicht mehr versehen können.“ Die Meldung der deutschen Blätter, daß die Entscheidung über die Abberufung des deutschen Geschäftsträgers noch vor dem Zwischenfall am Sonntag erfolgte, nimmt der „Kurjer Poranny“ unglaublich auf. Das Blatt meint, es handele sich hier wahrscheinlich um die Verletzung der bitteren Pille, die Herr von Rintelen seinen Landsleuten zum Schlucken gegeben habe und um die Milderung des Einbruchs, unter dem er den diplomatischen Dienst in Warschau verläßt.

eine Aktion gegen die bewaffneten „Banden“ unternahmen sollen, welche die Gegend der südmandchurischen Eisenbahn unsicher machen. Nach einem Communiqué des Marineministeriums hatten die Schützen den ersten Kampf mit den Banditen in dem Augenblick zu bestehen, als diese das Spital von Tschikiao stürmten.

Der japanische Botschafter in Amerika nach Tokio berufen.

Washington, 4. August. (P.M.) Der japanische Botschafter in Washington Debushi ist telegraphisch nach Tokio berufen worden.

Berschärfung des russisch-japanischen Konflikts?

Der seit einigen Monaten als Korrespondent von angesehenen japanischen Zeitungen in Rom weilende japanische Publizist Shichoro Ono hat dem Korrespondenten des „Instrawany Kurjer Codzienny“ sensationelle Mitteilungen über den japanisch-sowjetischen Konflikt gemacht. Der japanische Korrespondent erklärte, er habe aus Japan sehr beunruhigende Meldungen erhalten. Vor 10 Tagen hätten die Sowjets in japanischen Gewässern zwei japanische Fischereiskämpfer in den Grund gebohrt und auf anderen Antern etliche Fischer erschossen. Die Japanische Regierung habe unverzüglich darauf reagiert und in die russischen Gewässer in der Gegend von Kamtschatka einen großen Kreuzer und zwei Torpedoboote entsandt. „Wir wissen“, so sagte der Japaner, „daß die Sowjets große Vorbereitungen zu einem Kriege mit Japan treffen, so daß der diesjährige Winter sehr schwer sein wird. Dies wird gleichzeitig ein historischer Winter werden.“

Es wird ein Rückzug aus Moskau zwar nicht Napoleons, aber aller derer erfolgen, die ihr Kapital in das Meer des Brudersblutes versenken, die für einen geringen Verdienst die rote Welt-Epidemie unterhalten. Wehe den Völkern, die sich hieran beteiligen. Die Versenkung der Fischereidampfer betrachtet ich als den Beginn des Krieges. Die Sowjets haben nach Wladiwostok 22 Unterseeboote dirigiert und in Sibirien starke Truppenabteilungen zusammengezogen; doch Japan kennt die Stärke der roten Armee sehr gut und hat mit Genugtuung den ihm in den Gewässern von Kamtschatka geworfenen Fehdehandschuh aufgenommen. Japan will kein fremdes Gebiet haben, es wird aber auch keine Ohrfeige dulden. Die Sowjets, die in Genf die Abrüstung der Völker fordern, sind selbst bis an die Zähne gerüstet. Dieser Winter wird über alles entscheiden. Er wird schwer für die Völker sein, aber gleichzeitig die Atmosphäre reinigen. Der Vulkan ist bereits in Bewegung und wird im Fernen Osten ausbrechen.“

Die Vermutung des „Kurjer Poranny“ wirkt deshalb besonders peinlich, weil dieses der Regierung nahe stehende Blatt sehr wohl wissen muß, daß Herr von Rintelen bereits vor Wochen nach Berlin zurückgerufen wurde, um dort die Leitung der französischen Abteilung zu übernehmen, eine für den jungen Diplomaten besondere Auszeichnung. Will der „Kurjer Poranny“ jetzt vielleicht erreichen, daß Herr von Rintelen wegen der unhaltbaren Angriffe einer deutschfeindlichen Presse in Warschau bleiben und auf seine Beförderung verzichten soll?

Erfreulich ist es, daß unsere Regierung gegen einige besonders unsinnige Schreier vorgegangen ist. Hoffentlich wird auch bald die Frage der Verletzung der Exterritorialität in einer Weise geregelt, die dem Ansehen der Republik entspricht. Die polnische Flagge wird nicht durch ihre Fortnahme auf exterritorialem Gebiet beleidigt, sondern dadurch, daß sie offensichtlich dazu benutzt wurde, auf exterritorialem Gebiete einen Zwischenfall hervorzurufen. Wenn die Warschauer Meldung der „United Press“ richtig ist, daß die polnische Note, die jetzt überreicht werden soll, den Vorschlag enthält, den Zwischenfall vor den Saager Gerichtshof zu bringen, dann wird man das auf allen Seiten nur begrüßen können.

Vor der Umbildung des Reichskabinetts?

Berlin, 4. August. (P.M.) Die Rechtspresse bestätigt die Informationen über die in nächster Zeit bevorstehende Umbildung des Reichskabinetts. Der „Total-Anzeiger“ Eugenbergs ist der Meinung, daß die in München abgehaltene Konferenz der nationalsozialistischen Führer sich für eine Beteiligung am Kabinett ausgesprochen habe. Die Nationalsozialisten hätten im Zusammenhange damit weitgehende Forderungen aufgestellt. Reichspräsident von Hindenburg und Reichskanzler von Papen hätten sich grundsätzlich mit der Teilnahme der Nationalsozialisten an der Regierung einverstanden erklärt, jedoch gefordert, daß das Kabinett trotzdem von den politischen Parteien unabhängigen Charakter wahre. In den der Regierung nahestehenden Kreisen wird angenommen, daß auch das Zentrum gegen ein solches Kabinett nichts einzuwenden hätte. Offizielle Verhandlungen in dieser Frage seien bisher nicht eingeleitet worden.

Großangriff der bolivianischen Truppen

Buenos Aires, 3. August. (Eigene Drahtmeldung.) Die bolivianischen Truppen eröffneten am Dienstag einen Großangriff auf Puerto Casado, einen wichtigen strategischen Punkt am Paraguay-Fluß. Von Asuncion sind weitere Truppen nach der Grenze abmarschiert, denen von der Menge ein begeisterter Abschied bereitet wurde. Die Regierung von Paraguay hat die Mobilisierung sämtlicher Männer zwischen 22 und 29 und sämtlicher Offiziere zwischen 20 und 50 Jahren angeordnet. Die Kriegsbegeisterung ist überall sehr groß. Redner fordern das Volk auf, die „heilige Sache“ Paraguays zu verteidigen. In Concepcion haben die Frauen sich bereit erklärt, ein Amazonas-Bataillon zu bilden. Das paraguayische Oberkommando bestätigt die Räumung von Buqueon durch die paraguayischen Truppen, die jedoch die Verluste der Bolivianer auf 60 Mann angeben.

Saarbrücken, 4. August. (Eigene Drahtmeldung.) Reichskanzler von Papen traf am Mittwoch zum Ferienaufenthalt in Wallerfangen bei Saarbrücken ein.

Die neuen Beiträge für die Arbeitslosenversicherung.

Wie seinerzeit mitgeteilt, ist die Novelle zu dem Gesetz über die Versicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit vom 17. März d. J. am 11. Juli d. J. in Kraft getreten. Durch die Ziffer 5 des Art. 1 der Novelle wird der Art. 7 des Gesetzes u. a. wie folgt abgeändert: Die Grundlage für die Bemessung des Beitrages ist der tatsächliche Verdienst des Arbeiters, der nach den Vorschriften dieses Artikels berechnet wird. Die Höhe des Beitrages, die von dem jedesmal gezahlten Arbeitslohn berechnet wird, beträgt 2 Prozent der Summe, die als Grundlage dient für die Bemessung der Beiträge, wobei ein Beitrag unter 50 Groschen auf 50 Groschen und ein Beitrag über 50 Groschen auf 1 Zloty abgerundet wird. Zur Feststellung des Tagesverdienstes, der zur Grundlage für die Berechnung des Beitrages dient, wird die Summe des dem Arbeiter für den letzten Arbeitsabschnitt gezahlten Lohnes ohne Berücksichtigung irgend welcher Abzüge durch die Zahl der Tage, für die der Lohn gezahlt worden ist, geteilt. Der auf die Versicherung des Arbeiters entfallende Beitrag wird zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiter in der Weise verteilt, daß 15 Prozent der Arbeitgeber aus eigenem Fonds zahlt, während auf den Arbeiter 0,5 Prozent entfällt. Für die Bezahlung der Beiträge ist der Arbeitgeber verantwortlich, der den Teil des Beitrages, der auf den Arbeiter entfällt, bei der jedesmaligen Lohnzahlung an den Arbeiter in Abzug bringt. Der Teil des Beitrages, der auf den Arbeiter entfällt und der aus irgendwelchem Grunde bei der Lohnzahlung nicht abgezogen wird, kann bei der nächsten Lohnzahlung nicht mehr abgezogen werden, muß dann vielmehr von dem Arbeitgeber aus seinem eigenen Vermögen bezahlt werden. Die Beiträge der Arbeitsstätten, die in diesem Artikel vorgesehen sind, müssen monatlich postnumerando, und zwar spätestens bis zum 20. des folgenden Monats, dem Arbeitslosenfonds resp. der Stelle, die von dem letzteren bezeichnet worden ist, überwiesen werden.

In ihrer Antwort an den Völkerbund sagt die bolivianische Regierung, daß ihre Truppen zuerst angegriffen worden seien. Die Note der in Washington tagenden Vertreter der neutralen Mächte hat das bolivianische Außenministerium dahin beantwortet, daß Bolivien gegen eine neutrale Untersuchung der Angelegenheit nichts einzuwenden habe und daß in der Zwischenzeit jedes militärische Vorgehen gegen Paraguay eingestellt werden soll.

Offensive der bolivianischen Truppen.

London, 4. August. (Eigene Drahtmeldung.) Die Truppen der Republik Bolivien haben die Offensive in der Richtung von Puerto Casado, einem der wichtigsten strategischen Punkte am Paraguay-Flusse, begonnen. Die republikanische Regierung von Paraguay hat die Mobilisierung aller Männer im Alter von 22 bis 29 Jahren, sowie der Offiziere vom 20. bis zum 50. Lebensjahre angeordnet. In beiden Republiken herrscht auch unter der Zivilbevölkerung Kriegsstimmung. Die Bevölkerung läßt sich massenhaft als Freiwillige zur Verteidigung ihrer Länder in die Listen eintragen. In Concepcion werden Vorbereitungen zur Bildung eines Frauenbataillons getroffen. Die Armee von Paraguay hat nach erbittertem Kampfe, bei dem die Bolivianer 61 Tote hatten, das Fort Boqueron geräumt.

In Beantwortung der Note der Regierung der Vereinigten Staaten und der südamerikanischen Republiken, die in Paraguay und Bolivien zugunsten einer friedlichen Lösung des Konflikts interveniert hatten, teilte die bolivianische Regierung mit, daß sie sich mit der Einberufung einer neutralen Kommission einverstanden erkläre, die den Konflikt zu prüfen hätte und daß die Truppen Boliviens den Befehl zur Einstellung der Kämpfe erhalten werden, sofern sich die Truppen von Paraguay aggressiver Handlungen enthalten.

Buenos Aires, 4. August. (Eigene Drahtmeldung.) Aus La Paz (Bolivien) wird berichtet, daß der Vermittlungsvorschlag der neutralen südamerikanischen Länder im bolivianisch-paraguayischen Streit abgelehnt worden ist. Auch die europäischen Mächte haben an beide Staaten einen Appell gerichtet. Argentinien hat Militär (10 Bataillone Infanterie und ein Bataillon Pioniere) an die bolivianische Grenze geschickt, um seine Neutralität zu sichern.

Aus anderen Ländern.

Mißtrauensantrag gegen Dollfuß abgelehnt.

Nach der Trauerfeierung des Nationalrates für den verstorbenen Alt-Bundeskanzler Prälat Dr. Seipel fand am Dienstag die Abstimmung über den großdeutschen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Dollfuß statt. Dieser Antrag wurde mit 81 gegen 81 Stimmen, also bei Stimmengleichheit abgelehnt. Für den Antrag stimmten die Großdeutschen, Sozialdemokraten und zwei Heimwehrabgeordnete, gegen den Antrag die Christlich-Sozialen, der Landbund und die übrigen Heimwehrabgeordneten. Das Kabinett hat nun aber erst noch die Abstimmung über Lausanne zu überstehen, die im Laufe der nächsten Woche stattfindet.

Gorguloffs Berufung.

Paris, 3. August. (Eigene Drahtmeldung.) Die Berufung des Präsidentenmörders Gorguloff ist am Dienstag dem Obersten Kassationsgericht zugeleitet worden, das sich voraussichtlich am 20. August damit befassen wird. Es herrscht kaum ein Zweifel, daß der Antrag abgelehnt wird und die Hinrichtung Gorguloffs Mitte des nächsten Monats erfolgt.

Deutsche in Rumänien.

Der bekannte Siebenbürger Deutschumsführer Rechtsanwalt Dr. Frank von Frankenstein wurde zum Ministerialrat im Staatssekretariat für die Minderheiten ernannt, das direkt dem rumänischen Ministerpräsidenten untersteht. Diese Ernennung hat nicht nur in allen deutschen Kreisen Rumäniens, sondern auch innerhalb aller deutschen Kolonien in Südost-Europa freudiges Aufsehen erregt.

Die neuen Beiträge für die Arbeitslosenversicherung.

Wie seinerzeit mitgeteilt, ist die Novelle zu dem Gesetz über die Versicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit vom 17. März d. J. am 11. Juli d. J. in Kraft getreten. Durch die Ziffer 5 des Art. 1 der Novelle wird der Art. 7 des Gesetzes u. a. wie folgt abgeändert:

Die Grundlage für die Bemessung des Beitrages ist der tatsächliche Verdienst des Arbeiters, der nach den Vorschriften dieses Artikels berechnet wird. Die Höhe des Beitrages, die von dem jedesmal gezahlten Arbeitslohn berechnet wird, beträgt 2 Prozent der Summe, die als Grundlage dient für die Bemessung der Beiträge, wobei ein Beitrag unter 50 Groschen auf 50 Groschen und ein Beitrag über 50 Groschen auf 1 Zloty abgerundet wird.

Zur Feststellung des Tagesverdienstes, der zur Grundlage für die Berechnung des Beitrages dient, wird die Summe des dem Arbeiter für den letzten Arbeitsabschnitt gezahlten Lohnes ohne Berücksichtigung irgend welcher Abzüge durch die Zahl der Tage, für die der Lohn gezahlt worden ist, geteilt.

Der auf die Versicherung des Arbeiters entfallende Beitrag wird zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiter in der Weise verteilt, daß 15 Prozent der Arbeitgeber aus eigenem Fonds zahlt, während auf den Arbeiter 0,5 Prozent entfällt. Für die Bezahlung der Beiträge ist der Arbeitgeber verantwortlich, der den Teil des Beitrages, der auf den Arbeiter entfällt, bei der jedesmaligen Lohnzahlung an den Arbeiter in Abzug bringt. Der Teil des Beitrages, der auf den Arbeiter entfällt und der aus irgendwelchem Grunde bei der Lohnzahlung nicht abgezogen wird, kann bei der nächsten Lohnzahlung nicht mehr abgezogen werden, muß dann vielmehr von dem Arbeitgeber aus seinem eigenen Vermögen bezahlt werden.

Die Beiträge der Arbeitsstätten, die in diesem Artikel vorgesehen sind, müssen monatlich postnumerando, und zwar spätestens bis zum 20. des folgenden Monats, dem Arbeitslosenfonds resp. der Stelle, die von dem letzteren bezeichnet worden ist, überwiesen werden.

Bommerellen.

4. August.

Graudenz (Grudziadz).

Fahrrad-Registriertafeln werden wegen Erschöpfung des Vorrats jetzt vom Starostwo Grodzkie nicht ausgegeben.

Zu dem Unfall in der Czarnockifabrik, bei dem der Unteroffizier Wojcieszek ernstlich zu Schaden kam, wird noch berichtet: W. wollte Bekannte auffuchen.

Kein noch erwehren können sich auf den Wochenmärkten die Verkäufer der vielen Hände, die sich unberufen danach ausstrecken, um ungeschene oder aber auch beobachtet sich etwas von den feilgehaltenen Sachen anzueignen.

Zwei erhebliche Einbrüche wurden am Montag abend zwischen 8-11 Uhr bzw. in späterer Nachtstunde hierorts verübt.

Der erste Fall betrifft die Wohnung des Dentisten M. Bran des, Marienwerderstraße (Wybickiego), in der sich zur Zeit der Tat niemand befand.

Zwei erhebliche Einbrüche wurden am Montag abend zwischen 8-11 Uhr bzw. in späterer Nachtstunde hierorts verübt.

Fahrradmarder erwischt. Witold Kaminski aus Al. Tarpan hatte, während er in ein Geschäftshaus trat, sein Stahlrohr draußen an die Hausmauer gestellt.

Im Rausch bestohlen wurde ein in der Oberbergstraße (Radgorna) wohnhafter Mann, der infolge allzu starken Alkoholenusses in der Kalinkerstraße (Kalinkowa) eingeschlafen war.

Thorn (Torun).

Apotheken-Nachdienst von Donnerstag, 4. August, abends 7 Uhr, bis Donnerstag, 11. August, morgens 9 Uhr einschließlich sowie Tagesdienst am Sonntag, 7. August, hat die „Rats-Apothek“ (Apteka Radziecka), Breitestraße (ul. Szeroka) 27, Fernsprecher 250.

Der Wasserstand der Weichsel betrug Mittwoch früh 0,26 Meter über Normal; die Wassertemperatur betrug 22 Grad Celsius. Aus Warschau trafen ein die Dampfer „Kazimierz Wielki“ und „Warneczyl“, während „Mickiewicz“ und der erstgenannte nach dort abfuhr.

Auf dem Standesamt gelangten in der Woche vom 24. bis 30. Juli zur Anmeldung: 31 Geburten (12 Knaben und 19 Mädchen), darunter 3 Zwillingengeburt (1 Pärchen und zweimal Knaben), 3 uneheliche Geburten (2 Knaben und 1 Mädchen) und 23 Todesfälle (9 männliche und 14 weibliche Personen), darunter 8 Kinder im ersten Lebensjahre.

Der Verein christlicher Kaufleute in Thorn hat über die Geschäftslage im Juli einen Bericht herausgegeben, dem wir folgendes entnehmen: Die Situation unterlag einer weiteren Verschlechterung.

Im Verlaufe eines Wohnungsstreites wurde der Besitzer Fritz Woenke des Hauses Mellienstraße (ul. Mickiewicza) 66 von einem seiner Mieter angegriffen und so erheblich am Kopfe verletzt, daß er durch die Rettungsbereitschaft ins städtische Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Das Bett als Sparkasse.

Podgorz (Podgorz) bei Thorn, 3. August. Frau Helena Koniz ließ kürzlich einen Mann und eine Frau, die ihr unbekannt waren, in ihrer Wohnung übernachten.

im Bett „deponiert“ hatte. Der benachrichtigten Polizei gelang es bisher noch nicht, das Diebespaar ausfindig zu machen.

Briefen (Wabrzejno), 3. August. Infolge Nervenzerrüttung nahm sich Sonntag früh ein 63 Jahre alter Landwirt aus Pluznica hiesigen Kreises durch Erhängen das Leben.

ef Briefen (Wabrzejno), 3. August. Dem Kaufmann Chrzastowski von hier wurden durch unbekannte Täter zwei Damenkleider gestohlen.

Gdingen (Gdynia), 3. August. Schwer verletzt wurde bei einem Motorradunfall der Beamte S. Szerniewski, der einen Armbruch und schwere Wunden am ganzen Körper davontrug.

of Gohlershausen (Zablonowo), 3. August. Am 9. d. M. um 3,45 Uhr nachm. findet hier selbst ein Remontepferdemarkt statt.

Strasburg (Brodnicza), 3. August. Ein Unglücksfall ereignete sich in dem Dorfe Michano. Der Arbeiter Klaska befand sich auf dem Wege zur Arbeit.

Konitz (Chojnice), 2. August. Der neue Brotpreis beträgt ab 1. S. 32 wie folgt: 2 Pfundbrot 36 Groschen, 4 Pfundbrot 72 Groschen, 6 Pfundbrot 1,08 Zloty.

Tuchel (Tuchola), 2. August. Ein etwa drei Wochen altes Kind wurde sorgfältig eingewickelt in den Hausflur eines Hauses in der Kirchstraße hier selbst gelegt.

aus Kongresspolen und Galizien. Siehocinek, 3. August. Über der Kolonie Zabieniec entlud sich ein sehr heftiges Gewitter. Ein Blitz schlug in das Wohnhaus des Besitzers Max Berg und zündete.

Graudenz.

Graudenz Ruder-Verein v. 1885. Sonntag, den 7. August 1932, punkt 8,30 Uhr vom Schul'schen Hafen: Picknickfahrt ins Grüne mit Dampfer „Courier“.



Rüden - Garnitur Damenrad. Kleiderständer, Nähmaschine, Gaslocher, Petroleumlampe u. a. vrl. Lipowa 63, I. R. 6467.

Mädchen zum Melken und alle sonst. Arbeit für mittl. Landwirtsch. v. Hof. oder 15. 8. gel. Angeb. unt. Nr. 6468 an Emil Romey, Grudziadz, erbeten.

Richtl. Nachrichten. Sonntag, d. 7. August 1932 (11. Sonntag n. Trinitatis) * Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.

Gruppe. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, nachmitt. 1/2 Uhr Kindergottesdienst.

wirtschaftliche Maschinen und Geräte. Der Schaden wird auf 93 000 Zloty geschätzt und ist nur zum geringen Bruchteil durch Versicherung gedeckt.

Aus den deutschen Nachbargebieten. Wanderarbeiter in Preußen.

Die Zahl der polnischen Wanderarbeiter ist seit den Jahren 1925/26 auf ungefähr die Hälfte zurückgegangen. Immerhin wurden im Jahre 1931 noch 48 453 polnische Arbeiter allein in Preußen gezählt.

Stolp, 2. August. Ein polnisches Flugzeug bei Stolp gelandet. Am Sonntagabend landete in der Nähe von Stridershagen ein polnisches Sportflugzeug mit zwei Offizieren, einem Kapitän und einem Oberleutnant.

Polchow, 2. August. 3500 Quadratmeter Wiesenfläche vernichtet. In der Nähe von Polchow bei Stettin gerieten etwa 3500 Quadratmeter Wiesenfläche in Brand.

Ullig Landek (Kr. Flatow), 2. August. Unfall bei n Baden. Der Sohn des Landwirts G. Meyer ging in stark erhitztem Zustand ins Wasser.

Kleine Rundschau.

Das Ende eines Monteurers.

Ingenieur Emil Marek, der vor fünf Jahren in einem Wiener Versicherungsprozess zu Weltberühmtheit gelangt ist, ist in einem Spital, 33 Jahre alt, gestorben.

Mit dem Rest ging er nach Ungarn, wo er Elektrifizierungspläne durchzuführen hoffte. Nach einiger Zeit kehrte das Ehepaar enttäuscht aus Afrika zurück und erwarb mit einem kleinen Rest des so mühevoll errungenen Vermögens in Wiener Neustadt auf dem Marktplatz einen Obststand.

Thorn.

Behördlich genehmigter Privattutorius zur Vorbereitung für die nächstjährige Aufnahme z. III. Klasse des hiesigen deutschen Staatsgymnasiums.

Robhaarmatratzen (neu) 665 außerhalb billig. Schulz, Tapeziermstr., Torun, Male Garbary 15.

„Humanitas“. Sonntag, d. 7. Septbr., nachmitt. 4 Uhr: 6467. Gärtenfest im Deutschen Heim. Preisfriesen und Bewässerung, Freunde u. Gönner willkommen. Eintritt frei. Der Vorstand.

Empfehle Laitauto. a. gefl. Veruz., Tel. 781, G. Karutowicz 23. 4249

Amständiges, evangel. Mädchen zum Melken und alle sonst. Arbeit für mittl. Landwirtsch. v. Hof. oder 15. 8. gel. Angeb. unt. Nr. 6468 an Emil Romey, Grudziadz, erbeten.

Gruppe. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, nachmitt. 1/2 Uhr Kindergottesdienst.

Das Ergebnis der Reichstags-Wahlen in polnischer Beleuchtung.

(Von unserem ständigen Warschauer Bericht-erstatteter.)

Die Beurteilung, die das Ergebnis der Reichstags-wahlen in der polnischen Presse erfährt, ist in den Hauptlinien ziemlich übereinstimmend und weicht nicht allzu sehr von den Urteilen ab, die sich in reichsdeutschen Presseorganen finden. In verschiedenen Stillierungen wird vor allem der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die deutschen Wahlen keine Entscheidung gebracht haben, und daß das deutsche Hauptproblem durch diese Wahlen einer bestimmten Lösungsmöglichkeit entweder gar nicht oder nur unwesentlich genähert wurde. Des weiteren wird die Möglichkeit eines parlamentarischen Regiments in Deutschland beinahe einmütig bezweifelt und eine bevorstehende Periode eines außerparlamentarischen, oder wie manche Blätter es zu sagen vorziehen, eines diktatorischen Regimes vorausgesetzt.

Über diese Allgemeinheiten hinaus differenzieren sich die Ansichten entsprechend der sozialpolitischen grundsätzlichen Einstellung des betreffenden Parteiorgans. Es ist übrigens sehr interessant, wie „international“ der Standpunkt ist, auf den sich jede Partei dabei stellt. „Rechts“ sympathisiert über die Grenzen hinweg mit dem wahlverwandten „rechts“ und verheißt nicht, daß es die Hoffnungen und Befürchtungen des wahlverwandten „Rechts“ geradezu liebevoll teilt. Erst recht betrachtet die polnische Linke die deutschen Dinge durch die Brille der deutschen Linken, was natürlich als eine eingebürgerte Gewohnheit niemanden wunder nimmt. Die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ schätzt die politischen Aktiven der Papen-Regierung wohlwollend ein und möchte offensichtlich gern, daß sie sich auf einer siegreichen Höhe behauptet. Ihre Ausführungen lauten:

„Die Situation in Deutschland bleibt ungeklärt und unentschieden. Die entscheidenden Faktoren werden bei diesem Sachverhalt fernerhin der Reichspräsident von Hindenburg und diejenigen Kriegerkreise sein, welche sich um ihn scharen. Die Position des Reichspräsidenten von Hindenburg wird noch dadurch stärker, daß das Lager von Weimar, da es zwischen den Hitleranhängern und der Gruppe des Reichspräsidenten die Wahl hat, notwendig der Seite dieser Letzteren wird zuneigen müssen. Aus den Wahlen des letzten Sonntags — schreibt das Blatt weiter — kann man noch einen ernstlichen Schluß ziehen. Nämlich, daß der bisherige triumphierende Vormarsch des Hitlerismus abgeschwächt erscheint und nicht mehr dieses schwindelerregende Tempo aufweist, durch welches er sich bei den Reichspräsidentenwahlen und den Wahlen in die Landtage ausgezeichnet hatte. Das zieht ernste Gefahren für diese Bewegung nach sich, da die Nationalsozialisten, insbesondere aber die 2 Millionen Arbeitslose, die der Bewegung beigetreten sind, eine große Ungebuld verraten und oft die Tendenz zur Lösung der Situation durch einen Staatsstreich zeigen.“

Es entsteht die Frage, was jetzt Hitler tun wird? Wird er unter dem Druck seiner Massen den Weg der offenen Revolution betreten wollen, oder wird er sich auf den parlamentarischen Kampf beschränken, und bestrebt sein, aus der Rolle der Hauptstütze der gegenwärtigen Regierung im Parlament Nutzen zu ziehen?

Sowohl das eine wie das andere ist mit der Gefahr ernsthafter Erschütterungen innerhalb der Partei verbunden, deren innere Konsolidierung noch nicht ganz beendet zu sein scheint.

Aus den Ankündigungen und den eingeleiteten Schritten der Regierung, insbesondere aus der letzten Erklärung des Generals von Schleicher, kann man schließen, daß die um den Marschall von Hindenburg zusammengeschlossenen Faktoren trotz ihrer Sympathien für Hitler, nicht die Absicht haben, ihm die Gewalt abzutreten. Ihre ausnehmend günstige taktische Position auszunutzen, werden sie wahrscheinlich bestrebt sein, diejenigen politischen und sozialen Kräfte am Regierungsscheitel zu befestigen, welche in Deutschland zur Zeit des Kaiserreichs vorgeherrscht und in bedeutendem Grade die Größe dieses Kaiserreichs geschaffen hatten. Wenn es sich erweisen wird, daß sie trotz der geänderten Situation noch genug Lebenskraft und Verstand haben, so können sie in Anbetracht der Traditionen und der höheren politischen Kultur, welche sie im Vergleich zur Hitlerbewegung repräsentieren, ihr Ziel in hohem Grade erreichen. Wenn es dann Hitler sogar gelingen sollte, das von ihm angekündigte „Dritte Reich“ zu schaffen, so würde dieses eine Synthese der Hitlerschen Grundelemente mit den um die Papen-Regierung zusammengeschlossenen Kreisen sein.“

Die „Gazeta Warszawska“ erwähnt mit keinem Worte die Verwicklungen, die von der deutschen Linken her kommen können und spielt — wohlweislich — nicht mit dem Gespenst des „Bürgerkrieges“.

Weiter nach links sucht man dieses Gespenst mit dem Fernglas zu erspähen.

Der im Regierungslager stehende, jedoch auf die Masse eingestellte „Gepäck Poranny“ beginnt ebenfalls mit der Feststellung, daß die Kräfte der Hitlerbewegung kein weiteres Anwachsen aufweisen. Im allgemeinen wählt das Blatt für die Beurteilung des Wahlergebnisses einen skeptisch-spöttischen Standpunkt. Es weist darauf hin, daß in Deutschland eigentlich alle Lager ihre Zufriedenheit äußern. Die Papen-Regierung sei sehr zufrieden, weil es im Parlament keine Mehrheit geben und daher ein parlamentsloses Regieren berechtigt sein werde. Seiner Zufriedenheit über den Wahlausgang hat auch Hitler Ausdruck gegeben. Das Zentrum ist erfreut, weil es zusammen mit der Bayerischen Volkspartei seinen Bestzustand vergrößert hat. Die Sozialdemokraten freuen sich, weil sie nichts verloren haben (was nicht ganz richtig ist! D. R.), und die Kommunisten freuen sich über den Stimmenzuwachs. Das Regierungsblatt spottet über diese „allgemeine Zufriedenheit“, welche von blutigen Straßenkämpfen begleitet sei und schließt: „Das zeugt aufs entschiedenste davon, daß die Zufriedenheit aller, von Herrn von Papen angefangen, zumindest unbegründet ist und daß die Antwort auf die Frage: „Quo vadis Germania?“ für die heutigen Herren der Situation eine vollkommene Überraschung sein kann.“

Das Zentralorgan der polnischen Sozialisten, der „Robotnik“, äußert die Ansicht, daß sowohl im Reiche als auch in Preußen jetzt nur eine parlamentarische Regie-

Frankreich zu den Reden Schleichers und Papens

Über die Aufnahme, welche die Rundfunkreden des Reichswehrministers von Schleicher und des Reichskanzlers von Papen in Frankreich gefunden haben, wird dem „Kurjer Poczanski“ in nicht uninteressanter Weise folgendes berichtet:

„Das brutale Auftreten des Generals von Schleicher und des Reichskanzlers von Papen hatte eine sehr lange Unterredung zwischen dem Ministerpräsidenten Herriot und dem deutschen Botschafter von Hoesch zur Folge. Niemand zweifelt daran, daß der französische Außenminister energisch gegen diese ungewöhnlichen Kundgebungen protestiert hat. Welches war nun das Ergebnis dieser Unterredung? Nun, am Tage darauf schob der Reichskanzler von Papen in einer neuen Rede, die an die amerikanische Öffentlichkeit gerichtet war und durch das Radio verbreitet wurde, die ganze Schuld für die jetzige Lage in Deutschland auf den Versailler Vertrag. Er unterließ es dabei auch nicht, das Recht Deutschlands auf Rüstungsgleichheit besonders zu betonen. Wenn er dies tat, so wußte der deutsche Kanzler genau, daß er jenseits des Ozeans das erwünschte Echo finden würde. Es ist nämlich eine unbestreitbare Tatsache, daß die Kampagne, die von gewissen amerikanischen Kreisen gegen Frankreich getrieben wird, und die die deutschen Ansprüche unterstützt, in beträchtlichem Maße zur Entwicklung der Aktion Berlins, die auf eine Beseitigung des Versailler Vertrages abzielt, beigetragen hat. Berlin hat sehr mächtige Helfer. Es unterstützt Deutschland in erster Linie in Amerika die Tätigkeit des Senators Borah, die sich gegen den genannten Vertrag richtet und den Zweck hat, Frankreich durch eine Einschränkung seiner Rüstung zu schwächen. Die deutschfreundliche Propaganda findet dort ein starkes Echo dank der Hearst-Presse. Die Politik Macdonalds begünstigt gleichfalls und zwar in sehr hohem Grade die germanischen Pläne. Wenn man hinzuzusetzt, daß ein so hervorragendes Presseorgan, wie die „Times“, direkt dem General von Schleicher für sein ehrliches Bekenntnis Anerkennung spendete, für das die Welt ihm dankbar sein dürfte, dann wird man verstehen, daß Deutschland es für seine Pflicht hält, immer zahlreichere Beweise seiner Ehrlichkeit zu geben.“

Zu alledem trug auch ein Teil der öffentlichen Meinung in Frankreich bei. Wir haben hier nicht bloß die verschiedenen Anhänger des Briandismus im Auge und auch nicht die hiesigen Sozialisten, sondern auch die Radikalen. Wie haben nun heute, nachdem der deutsche Militarismus seine heuchlerische Maske hat fallen lassen, die hiesigen Ultraradikalen darauf reagiert? Nun, in einer sehr direkten Weise. Sie behaupten, man müsse, indem man sich grundsätzlich auf den Abrüstungsvorschlag Hoovers stellt, unverzüglich an eine Beschränkung des Militärs herangehen. Die Rede des Generals von Schleicher ist für sie ein neues Argument dafür, daß die Abrüstung ein Rettungsanker sei, und daß die „ent-

zung möglich sei, „eine Regierung der Rechten und des Zentrums — von Hitler bis Brüning“. Und der Exponent einer Hitler und das Zentrum umfassenden Mehrheit wäre — vielleicht mit gewissen Änderungen — eben eine Papen-Regierung. „Diese Schwäche des Parlaments — so führt das Blatt aus — ist Papens Kraft... Es hat sich eine derartige Situation herausgebildet, daß die Papen-Regierung noch die... beste der parlamentarischen Regierungen im heutigen Deutschland ist.“ Dieser objektiven Feststellung fügt das sozialistische Blatt einige Bemerkungen an, welche die durchgängige Auffassung der polnischen Linkskreise widerspiegeln. Hervorzuheben ist das bescheidene Eingeständnis des sozialistischen Blattes, daß die Sozialisten mehr als eine halbe Million Stimmen und einige Mandate verloren haben. Wohin sind diese Stimmen abgewandert? „Zum Teil zum Kommunismus — antwortet der „Robotnik“ — zum Teil zum Hitlerium. Immerhin bilden 8 Millionen Stimmen ein eisernes Kapital des Sozialismus.“ Dann heißt es: „Es ist bezeichnend: die Hitlerleute und die Kommunisten haben im neuen Parlament eine solide Mehrheit. Wer weiß, ob diese Mehrheit — sofern sich das Parlament am Leben erhalten kann — nicht noch von sich reden lassen wird! Vom Gesichtspunkte des Rechts, ist dieses Parlament mit einer gegen die Weimarer Verfassung feindlich gesinnten Mehrheit in seiner Art eine Sühnwürdigkeit; — entweder soll das Parlament weichen, oder die Verfassung. Diese „diktatorische“ Mehrheit des Parlaments kann Hindenburg und Papen das Regieren ohne Parlament, d. h. eben ein diktatorisches Regieren, erleichtern.“ Das Organ der BPP will sich nicht — wie die anderen polnischen Blätter — damit trösten, daß die für die Hitleranhänger abgegebenen Stimmen da und dort zurückgegangen sind. Es schreibt vielmehr: „Wenn die Hitlerleute im Laufe von zwei Jahren ihren Bestzustand um 100 Prozent vergrößert haben, so ist das ein großer Sieg, wie keine deutsche Partei sich eines solchen je rühmen konnte“. . . „Was nützt es, daß das Hitlerium noch keine absolute Mehrheit hat, wenn auch ohne diese Mehrheit ein parlamentarisches Regime in Deutschland ohne Hitler nicht möglich ist, was der Feststellung gleich, daß ein parlamentarisches Regime vorläufig überhaupt unmöglich ist.“

Und der Schluß? Die Sonntagswahlen „kündigen einen weiteren, noch schärferen, blutigeren Bürgerkrieg an. Das Schicksal Deutschlands wird sich außerhalb des Parlaments entscheiden.“

Im Gegensatz zu den Enden und manchen Kreisen des Sanierungslagers wünschen die polnischen Sozialisten und Linksradikalen eine Verschärfung des inneren Kampfes in Deutschland, weil ihnen die Chancen der deutschen Linken besser erscheinen, wenn der Kampf sich verschärft, und je länger er dauert wird — eine Ansicht, die übrigens auch vom Standpunkte der Linkspolitik, viele ansehbare Seiten hat. Diese Ansicht scheint aber die polnische Rechte zu teilen, obzwar ihre Wünsche eine entgegengekehrte Richtung nehmen, eine Richtung mit dem Endziel: Zurück zum Feudalismus. Dieses Ideal ist ihr der schwersten Opfer wert — und koste es auch einen Krieg mit Deutschland, an den ernsthaft natürlich niemand glauben will.

schen Militaristen Herren der Lage sind, müsse die Arbeit an der Abrüstung beschleunigt werden; denn, wenn jene Militaristen in Deutschland zur Macht gekommen sind, so geschah dies gerade deshalb, weil Frankreich sich jeder Vergrößerung seiner Rüstung widersetzt hat.

„Eine solche Argumentation wäre — so bemerkt der Pariser Korrespondent des polnischen Blattes weiter — fast ein lächerlicher Unsinn, wenn sie nicht eine vollständige geistige Blindheit bei der Beurteilung der Lage verriete. Frankreich hat acht Jahre lang eine Politik des Vocarnismus getrieben, indem es an ein sogenanntes demokratisches Deutschland glaubte, aus dem sich indessen nur ein militaristisches Deutschland entwickelte. Die politische Blindheit einiger Schattierungen der französischen öffentlichen Meinung geht soweit, daß nicht bloß Herr Herriot, dessen wandelbare Überzeugungen bekannt sind, heute erklärt, daß eine Revision des Vertrages unvermeidlich sei, sondern daß man in einem Organ wie in der deutschfreundlichen „Volonté“ einen teuflischen Artikel lesen kann. Das Blatt ist der Ansicht, daß Frankreich verpflichtet ist, in Europa mit einem klaren rascheren Geisteslichte hervorzutreten. Wie soll diese Gerechtigkeit aussehen? Frankreich müsse mit Kühnheit einen Schiedsspruch über die deutschen Ostgrenzen, ferner eine neue Verteilung der kolonialen Mandate, und endlich die Gleichheit der Rüstung vorschlagen, die einer strengen Kontrolle unterliegen müßte. Andernfalls würde nämlich Frankreich, das hartnäckig den Status quo verteidigt, verlassen dastehen und würde eine starke Koalition gegen sich haben. Soll man sich unter diesen Umständen darüber wundern, daß General von Schleicher, der Reichskanzler von Papen und überhaupt ganz Deutschland, Gerechtigkeit verlangen, und daß sie sich jetzt ganz und gar nicht mehr in ihren Forderungen einschränken? Die französischen Nationalen zweifeln zwar nicht an dem Patriotismus Herriots, sie verlangen inessen immer energischer eine entschiedene Stellungnahme der Regierung. Man ist dort nämlich der richtigen Ansicht, daß es der Konferenzen schon genug gegeben hat, auf denen Frankreich systematisch geschädigt wurde. Ganz richtig stellt der Oberst Fabry, ein Mitglied der Militärkommission, fest, daß der deutsche Große Generalstab noch niemals so offen Herr in Deutschland war wie jetzt. Er hat in den letzten Jahren systematisch die germanischen Kräfte rekonstruiert, um dann zur Macht und zur Tat überzugehen. Er blieb lange hinter den Russen; sein jetziges Auftreten ist fast gleichbedeutend mit einer Änderung des Systems. Man darf nicht vergessen, daß der deutsche Generalstab den alten Regeln treu bleibt, die von dem alten Kreuzritterorden (?) aufgestellt worden sind und nach dessen Ansicht der Krieg eine periodische Notwendigkeit ist, aus der das Volk erhärtet und gereinigt hervorgeht. Die jetzigen Führer Deutschlands halten sich schon jetzt an die Devise Hindenburgs, daß der Tag kommen werde, an dem alles, was deutsch war, wieder deutsch werden müsse.“

Weniger pessimistisch äußert sich der „Zustromung Kurjer Godzienny“, der in einem 2½ Seiten umfassenden Leitartikel den Schluß zieht, daß die Reichstagswahlen in Deutschland keine Entscheidungen bringen würden. Die Wahlen seien vollkommen überflüssig, eine verlorene Mühe gewesen, die mit einer Neieinsetzung verbunden gewesen sei. Die „Gazeta Polska“, das Hauptorgan der Regierung und des Regierungsblochs, aber erblickt in diesen Wahlen eine Gefahr für das Ausland. Das Blatt meint, daß im Innern schwache Regierungen mit Vorliebe in der Außenpolitik sogenannte Erfolge zu suchen pflegen, um ihre zweifelhafte Macht zur Geltung zu bringen und schließt: „Das deutsche Schiff ist heute und für eine unabsehbare Zeit ein mächtiger Dampfer mit hervorragenden Maschinen, doch mit einem beschädigten Steuer. Es fährt mit Volldampf, doch die Linie, die es zieht, läßt sich nicht voraussagen. Auf ein solches einen rätselhaften Kurs verfolgendes Schiff muß aufmerksam gemacht werden.“

Die Volksrechtspartei bekommt ein Mandat.

Die Reichspressstelle der Volksrechts-Partei teilt mit: Nachdem der Christlich-Soziale Volksdienst im Wahlkreisverband Westfalen-Nord und Süd ein Grundmandat nur mit Hilfe der Stimmen der Volksrechts-Partei gewinnen konnte, fällt — entsprechend dem zwischen beiden Parteien abgeschlossenen Vertrag — ein Reichslistenmandat der Volksrechts-Partei zu. Gewählt ist damit der Reichsführer der Volksrechts-Partei, Oberschulrat Bauer - Stuttgart.

Der Christlich-Soziale Volksdienst würde dann nur drei Mandate erhalten.

Die nicht wiederkehren . . .

Unter den Abgeordneten, die in den neuen Reichstag nicht mehr zurückkehren, sind von bekannten Persönlichkeiten der deutschnationale Kammerherr von Oldenburg-Januschan, der sich nicht mehr aufstellen ließ, die Volksparteiler Dr. Moldenhauer, von Kardorff, Dr. Curtius, Gouverneur Schnee, Generaloberst von Seekt, die Zentrumsmitglieder Reichskanzler a. D. Marx, Reichsfinanzminister a. D. Dr. Köhler, die beide auf eine Wiederwahl verzichteten, der wirtschaftsparteiliche Führer Professor Dr. Bredt, die volkskonservativen Abgeordneten Treviranus und von Lindener-Wildau, die Staatsparteiliche Dr. Hoepfer-Aschoff, August Weber, Frau Bäumer und die Sozialdemokraten Schöpfli und Stücklen, die beide Berichterstatter im Haushaltsausschuß für Wehrfragen waren, jetzt aber der SPD wohl nicht mehr radikal genug sind.

Als neue Mitglieder des Reichstages sind bei der SPD vor allem der Führer des Reichsbanners, Höltermann, zu nennen, von den Deutschnationalen der christlich-konservative von Arnim-Kröglendorf, bei den Nationalsozialisten der junge Neffe des Reichsverkehrsministers, Reichherr Eiß von Ribenaht, wie überhaupt die nationalsozialistische Fraktion ein wesentlich verändertes Gesicht zeigen wird, da die Namensaufstellung bei den Wahlkreisen diesmal vom Braunen Haus mit besonderer Sorgfalt nachgeprüft worden ist.

